Aus der politischen Woche

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst**

Band (Jahr): **16 (1926)**

Heft 44

PDF erstellt am: **28.03.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

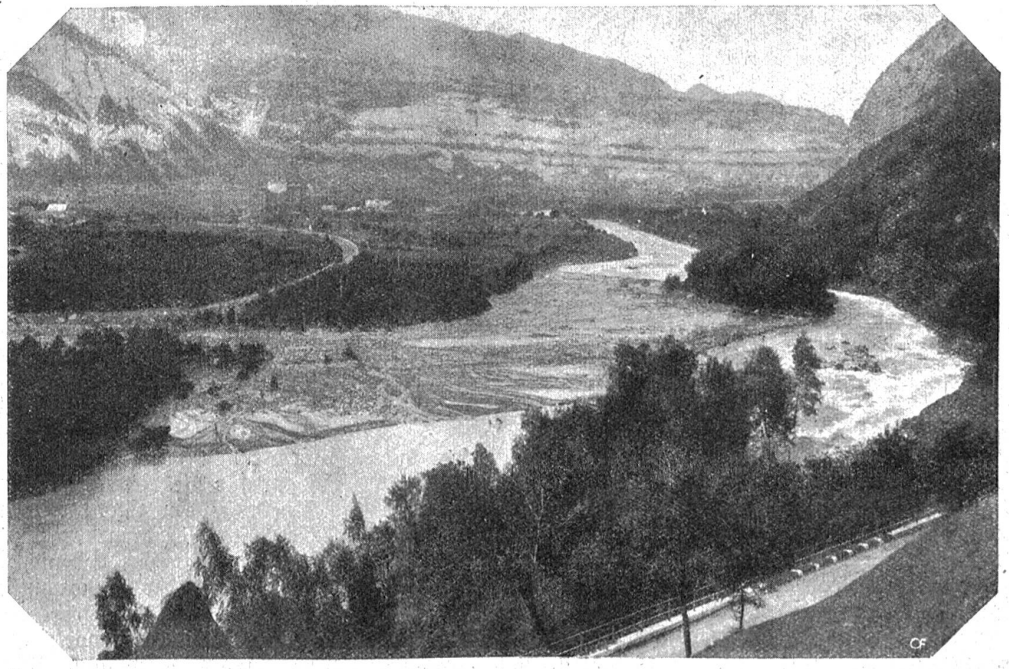
Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

plötzlich mit elementarer Kraft aus, riesige Massen Geschiebe und Schlamm mit sich führend, die die Talstraße und das Geleise der Simplon-Linie hoch überdeckten, so daß der Verkehr gänzlich unterbrochen wurde. Das war im frühen Nachmittag. Am gleichen Tage abends 9 Uhr geschah ein neuer Ausbruch, der die Brücke wegriß und einen Hilfszug mit elektrischer Lokomotive und zwei Wagen erfaßte, so daß sie im Schlamme stecken blieben. Das Bett der Rhone war inzwischen mit Schutt und Geschiebe so hoch gefüllt worden, daß der Fluß sich auf der Seite gegen das Bad Lavey ein neues Bett suchen mußte. Es erfaßte die rechtsufrige Straße nach Morcles und bedeckte sie hoch mit seinem Wasser; ein Gebäude des Badetablissements wurde dabei mitgerissen und zerstört.



Anblick der infolge des Bergsturzes verursachten Verwüstungen im Rhonetal bei St. Maurice.

Die Ausbrüche des Wildbaches haben sich inzwischen wiederholt. Man nimmt an, daß Lawinenstürze in Verbindung mit starken Niederschlägen die Ursache der katastrophalen Naturerscheinung sind.

Das Hilfswerk hat natürlich sofort mit ganzer Energie eingesetzt, galt es doch, für die internationalen Züge, die durch den Lötschberg umgeleitet werden mußten, die Linie wieder frei zu bekommen. Dieses Ziel wurde nach einigen Tagen angestrengter Arbeit von aufgebotenen Sappeurs erreicht. Aber noch drohen die Gefahren neuer Schlammfluten und braucht es monatelanger Aufräumungs- und Ausbesserungsarbeiten, um den angerichteten Schaden einigermaßen zu tilgen. Millionen werden verbaut werden müssen, um der Rhone ihr altes Bett wieder herzustellen und vor den Tücken des Saint-Barthélemy — der so ganz kein Heiliger ist — zu sichern.

Aus der politischen Woche.

Die Kundgebung der 200 Wirtschaftsführer, von der wir in letzter Nummer die Richtlinien gezeichnet haben, stellt sich als ein Bekenntnis der europäischen Wirtschaften zur Freiwirtschaft heraus. Aber ob die Idee zu verwirklichen ist, das ist eben die Frage. Von Amerika aus wird deutlich abgewunken. Begreiflich. Denn Amerika hat Hochkonjunktur und dies nicht zum wenigsten wegen der wirtschaftlichen Zerfahrenheit Europas und der daraus resultierenden Abhängigkeit von Amerika. Das, was die 200 Wirtschaftsführer für Europa anstreben, das besitzen die Amerikaner allbereits, und sie genießen seit bald 100 Jahren die Früchte aus dieser Tatsache. Sie haben ein einheitliches Wirtschaftsgebiet mit einer konsumkräftigen Bevölkerung von 120 Millionen Menschen, die keine schikanösen Hemmungen des Wirtschaftslebens, von Staat oder Konventionalismus auferlegt, zu überwinden haben, um aufwärts zu kommen. Die Amerikaner sind zu materieller, rechnerischer Einstellung zum Leben erzogen, und darum ist es für sie selbstverständlich, daß sie an ihrer äußeren Grenze — innere gibt es in ihrem Lande nicht — alle Vorkehren treffen, um die unerwünschte Konkurrenz — seien es Menschen oder Waren — fernzuhalten. Da es ihnen, dem rohstoffreichsten Volke der Welt, so gut geht, so denken sie nicht daran, den Zustand zu ändern: die Einwanderungsbeschränkungen und die Einfuhrzölle aufzuheben. Darum hat Coolidge gleich nach Bekanntwerden der Kundgebung sich ablehnend geäußert: Amerika werde da nie mitmachen.

Man bekommt nachgerade den Eindruck, daß Amerika der große Hemmschuh für die europäischen Konsolidierungsbestrebungen, den wirtschaftlichen wie den politischen, geworden ist. Wer die Rolle des Geldes im Weltgeschehen bedenkt, begreift das einigermaßen. „Das Geld regiert die Welt." In Amerika ist die Hauptmasse des Weltkapitals aufgehäuft. Einige wenige Geldmagnaten haben das Verfügungsrecht über diese Masse in der Hand. Wenn aber auf der Weltkugel eine große wirtschaftliche und politische Umstellung inszeniert werden soll, so braucht es dieses Kapitals und folglich der Zustimmung der Amerikaner.

Ein Beispiel dafür ist die große französisch-deutsche Versöhnungsaktion, die in Thoiry von Briand und Stresemann begonnen wurde. Sie steht heute sozusagen still. Warum? Es paßt den Amerikanern nicht, daß sich die Deutschen und Franzosen miteinander verbinden. Das könnte nur die Bande der europäischen Abhängigkeit von Amerika lockern. Und Amerika hat es auch diesmal leicht und kann mit einer einzigen ablehnenden Geste den schönen Versöhnungsplan zunichte machen. In Thoiry bot eben Stresemann als Pfand für die gewünschte vorzeitige Räumung der Rheingrenze und des Saargebietes die deutschen Eisenbahnaktien an, die Amerika hätte kreditieren sollen. Das will aber just Amerika nicht tun, und so wird der Plan in seinem besten Teile zu Wasser werden. Nichtsdestoweniger werden die Franzosen und Deutschen die Besprechungen weiterführen. Denn die Notwendigkeit des Zusammengehens bleibt nach wie vor bestehen. Es gilt heute, eine neue Verhandlungsbasis zu finden.

Senator de Jouvenel schlug im „Matin" vor, die Deutschen sollten ihren Verzicht auf die Korrektur der Ostgrenze (Danziger Korridor und Schlesien) und auf den Anschluß Oesterreichs aussprechen. Der Widerhall in den Berliner Blättern klang stark negativ: Nie und nimmer werde Deutschland das tun, denn diese Punkte seien ja gerade die Hoffnungen, die Locarno den Deutschen gebracht habe. Gereizt geben die Boulevardblätter zurück: Einstweilen gilt noch der Vertrag von Versailles, an dem hat Locarno nichts geändert, und darin ist die Ostgrenzen-



Vom Grubenarbeiterstreik in England. — Typen englischer Grubenarbeiter.

und die Anschlußfrage gelöst und erledigt. Die Polemik geht weiter. Im „Matin", der als Organ des französischen Außenministers gilt, erklärt de Jouvenel, in Thoiry habe Briand gar nichts versprochen. Man habe „über dies und das geredet"; beide Staatsmänner seien in guter Laune gewesen, hätten Freude darüber empfunden, daß sie den Journalisten in Genf glücklich entwischt, und hatten sich bei gutem Essen und Trinken einen frohen Tag gemacht. Gewiß habe Stresemann seine Propositionen vorgebracht und Briand habe, freundlich und verbindlich, wie er immer sei, versprochen, diese Propositionen seiner Regierung vorzulegen. Aber feste Versprechungen seien in Thoiry von Briand nicht gemacht worden.

Man kann es nicht glauben, daß Briand sich nun rückwärts drausziehen möchte, da die Sache nicht gelungen ist. Seine Besprechungen mit von Hoesch, dem deutschen Botschafter in Paris, haben zwar kein sichtbares Resultat gezeitigt, aber das beweist nicht, daß er es mit der Verständigung nicht immer ernst gemeint habe. Immerhin wartet man jetzt, daß er de Jouvenels Vernehmlassung im „Matin" klarstellt. Er muß es tun, um nicht Stresemann bloßzustellen, der ja als der Hineingeleimte dastände vor den Deutschnationalen und dem die Niederlage den Posten kosten müßte. Das würde aber den Aufstieg der Deutschnationalen bedingen und dieser wiederum würde den Fall Briands bedeuten, dessen Auslandspolitik dann ganz den Boden unter den Füßen verloren hätte. Denn nicht nur wäre unter ihm Frankreich um die Freundschaft Englands und zur Freundschaft Italiens und Spaniens gekommen, sondern es wäre auch der Einsatz dafür: die Wiederversöhnung mit Deutschland verlustig gegangen. Mit Spannung wartet die Welt auf die Entwicklung der deutsch-französischen Verhältnisse. Eines scheint gewiß, daß ohne Amerika und ohne die Zustimmung der Welthochfinanz die europäischen Angelegenheiten nicht geregelt werden können.

Rückkehr des Exkaisers nach Deutschland.

Die Diskussion über diese Frage geht weiter. Trotz aller Dementis, die betreffs der Absicht Wilhelms II., wieder in Deutschland Wohnsitz zu nehmen, von Doorn aus verbreitet wurden, steht fest, daß der Exkaiser zurückzukehren wünscht. Die preußische Regierung hat ihn dazu ja förmlich eingeladen, da sie ihm „auf Wunsch" das Schloß Homburg a. d. H. zur Disposition stellte. Und die monarchistische Agitation hat durch die 15 Millionen Bargeld, die Wilhelm auch noch zugesprochen wurden, neue Mittel in die Hände bekommen. Bei dem Charakter des Herrn zu Doorn steht fest, daß er auf eine Rückkehr zur Macht unbedingt hofft. Seine grenzenlose Eitelkeit und Unbelehrbarkeit läßt ihn glauben, daß seine weltgeschichtliche Sendung lange noch nicht vollendet sei. Und leider gibt ihm das deutsche Volk selbst dazu Anlaß. Das weiß nur zu einem kleinen Teile noch, was für ein Phantast und Komödiant der Kaiser war. Wilhelm Ludwigs Buch über Wilhelm II. hat seine Wirkung noch nicht getan. Es scheint noch alles möglich zu sein in Preußen-Deutschland. Der Exkronprinz wohnt wieder in Potsdam, auch er war geflüchtet, ist unvermerkt wieder in Deutschland aufgetaucht, zuerst auf Schloß Oehls in Schlesien, nunmehr führt er wieder Hof in der alten Monarchistenzentrale. Wilhelm II. möchte es ihm nachmachen. Er machte den reservierten Wohnsitz in Deutschland zur Bedingung der Vereinbarung mit Preußen. Man hat das Gerücht, daß er den Monte Veritas bei Locarno gekauft, um via Schweiz nach Potsdam zurückzukehren, dementiert.

Aber die Zeiten sind doch andere geworden. Männer sind am Ruder, die der Republik ihr Wort verpfändet haben. Sogar die grundsätzlichen Monarchisten haben Wilhelm II. als künftigen Herrscher Deutschlands abgelehnt. Erst kürzlich der Leiter des Stahlhelmbundes. Er hat sich sogar für die Republik erklärt und die Parole ausgegeben: Hinein in den Staat. Ob mit der bekannten Reservationalis: So lange es uns paßt und bis etwas Besseres kommt — wissen wir nicht. Möglich wäre es schon. Auch die Absage der monarchistischen Partei nach Doorn darf nicht zu hoch eingeschätzt werden. Tatsache ist, daß Wilhelm II. aus dem vorkrieglichen Deutschland noch fast die wichtigste Vorbedingung für die Fortsetzung seines kaiserlichen Daseins vorfinden würde: seinen Marschall, sein Militär, seine Justiz, seine Verwaltung, seine Schule und seine Untertanen. Man begreift einigermaßen das Mißtrauen der Franzosen.

Die Militärkontrolle geht nunmehr nach den Verträgen von Locarno an den Völkerbund über. Aber die Franzosen und Belgier werden darüber wachen, daß sie nicht weniger streng geübt wird wie vorher. Ihre Forderungen gehen dahin, daß die Alliierten eine starke Mehrheit in der Inspektionskommission besitzen, daß die Inspektionen häufiger und regelmäßiger geschehen müssen, daß die Rheinzone schärfer überwacht werden solle als das übrige Deutschland und daß bei Verstößen Deutschlands für die eventuell notwendig werdenden Sanktionen nicht mehr Einstimmigkeit, sondern bloß einfache Mehrheit zu gelten habe.

Britische Reichskonferenz.

Sie wurde letzten Dienstag vor 8 Tagen in London durch eine Rede Baldwins eröffnet. Zum drittenmal nach dem Weltkriege kommen die Vertreter der Dominions des britischen Weltreiches in London zu einer Besprechung zusammen. Die Premiers von Kanada, Australien, Neuseeland, Südamerika und Irland und der Staatssekretär für Indien, Lord Birkenhead, sitzen mit den regierenden Staatsmännern des Mutterlandes zusammen, um die Angelegenheiten des Imperiums zu bereden. Auf dem Traktandum stehen: 1. die Frage der Beziehungen der Dominions zum Mutterlande und zu den auswärtigen Staaten, 2. die Reichsverteidigung, 3. Wirtschafts- und Auswanderungsfragen.

Die Dominions streben nach immer größerer Unabhängigkeit vom Mutterlande. Kanada hat geradezu Anschlußtendenzen in der Richtung Union, da es wirtschaftlich eng mit dem starken Nachbar verbunden ist und die heutigen Grenzen kaum mehr erträgt. Australien seinerseits hat ausgesprochen eigene Interessen, die oft die des Mutterlandes durchkreuzen. So wehrt es sich energisch gegen die Rückgabe Neu-Guineas an Deutschland, weil es diese Kolonie für seine Sicherung nötig zu haben glaubt. England aber kann darum Deutschland in der Kolonialfrage nicht, wie es gerne möchte, entgegenkommen.

Das britische Imperium kracht bedenklich in seinen Fugen. Und immer noch geht der Kohlenstreik seinen unerbittlichen, das Wirtschaftsleben bis ins Innerste erschütternden Lauf. -ch-